

L<

Eine rechtliche und ökonomische Analyse  
der Einzelzwangsvollstreckung gegen  
Privatpersonen in der Schweiz mit Erarbeitung  
von

von

**Isaak Meneir**

Dr. iur., Professor an der Universität Zürich

Dr. oec. publ., Professor an der Universität Zürich

Dr. oec. publ.

**IringirM Jeimtt=§OTeini§eim**

Dr. iur., Rechtsanwältin

## Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>!</b>	<b>xviii</b>
<b>Einleitung</b>		<b>1</b>
<b>Teil I Rechtliche Grundlagen</b>		<b>3</b>
1 Durchsetzung von Geldforderungen gegenüber natürlichen Personen nach schweizerischem Recht		3
1.1 Ablauf der Betreuung auf Pfändung	•	3
1.1.1 Vorbemerkung		3
1.1.2 Einleitungsverfahren		4
1.1.2.1 Allgemeines		4
1.1.2.2 Bedeutung des Zahlungsbefehls als Druckmittel		7
1.1.3 Pfändungsobjekt		9
1.1.4 Informationsbeschaffung und Vornahme der Pfändung		10
1.1.5 Verwertung		10
1.1.6 Gläubigerkoordination		13
1.1.7 Rechtsschutz in der Einzelzwangsvollstreckung		13
1.2 Verhältnis der Einzelzwangsvollstreckung zu anderen Formen der Durchsetzung von Geldforderungen		14
1.2.1 Möglichkeiten des Schuldners zur Abwendung der Einzelzwangsvollstreckung		14
1.2.1.1 Beantragung des Konkurses durch den Schuldner		14
1.2.1.2 Einleitung eines Sanierungsverfahrens		20
1.2.1.3 Rechtstatsachen zu Privatkonkurs und Nachlassverfahren		20
1.2.2 Alternativen des Gläubigers zur Einzelzwangsvollstreckung		24

1.3	Hinweis: Durchführung der Zwangsvollstreckung aus administrativen Gründen	-	25
1.4	Kurzcharakterisierung der Einzelzwangsvollstreckung in der Schweiz		27
2	Umfang der Pfändung		29
2.1	Allgemeines		29
2.1.1	Rechtsgrundlagen		29
2.1.2	Zielsetzung der Pfändungsschranken		30
2.1.2.1	Existenzsicherung in Gegenwart und Zukunft		30
2.1.2.2	Erhalt des Arbeitseinkommens des Schuldners und, Schaffung von Arbeitsanreizen?		32
2.1.2.3	Persönlichkeitsschutz		33
2.1.2.4	Verhinderung der Vermögensverschleuderung		33
2.2	Besondere Probleme um Art. 92 SchKG		34
2.2.1	Problem der Deckung des Notbedarfs auf luxuriöse Weise		34
2.2.1.1	Allgemeines		34
2.2.1.2	Auswechslungsrecht		-35
2.2.2	Zur Frage der Unpfändbarkeit von Berufswerkzeugen		36
2.2.2.1	Meinungsstand in Lehre und Praxis		36
2.2.2.2	Kritik		39
2.2.3	Pfändungsschranken für Vorsorge- und Sparanlagen		40
2.2.3.1	Einleitung		40
2.2.3.2	Leistungen der I. Säule		40
2.2.3.3	Leistungen der II. Säule		40
2.2.3.4	Leistungen der III. Säule		42
2.3	Einkommenspfändung nach Art. 93 SchKG		46
2.3.1	Rechtsgrundlage		46
2.3.1.1	Richtlinien nach dem Vorschlag der Konferenz		46
2.3.1.2	Kantonale Unterschiede		47
2.3.2	Zuschläge für effektive Ausgaben des Schuldners		48
2.3.2.1	Allgemeines		48

2.3.2.2	Einzelfragen	52
2.3.3	Einkommenspfändung als Dauerzustand	53
2.4	Zur unterschiedlichen Berechnung des betriebsrechtlichen und des fürsorgerechtlichen Existenzminimums	54
2.4.1	Grundbetrag bzw. Grundbedarf	55
2.4.2	Zuschläge für effektive Ausgaben und Anrechnung von Einkommen von Ehegatten, Kindern und anderen Personen	55
3	Rechtsvergleichung	63
	I	
3.1	Deutschland	63
3.1.1	Einkommenspfändung	63
3.1.1.1	Allgemeines	63
3.1.1.2	Anrechenbares Arbeitseinkommen	64
3.1.1.3	Pfändungsschranken	64
3.1.2	Restschuldbefreiung	66
3.1.2.1	Charakterisierung der gesetzlichen Regelung	66
3.1.2.2	Versuch einer (aussergerichtlichen und gerichtlichen) Schuldefteberrittigung und Durchführung einer Totalliquidation als Voraussetzungen für eine Restschuldbefreiung	67
3.1.2.3	Voraussetzungen und Verfahren der Restschuldbefreiung	68
3.1.2.4	Umfang und Rechtsnatur der Restschuldbefreiung	70
3.2	Österreich	70
3.2.1	Lohnpfändung	70
3.2.2	Restschuldbefreiung	71
3.2.2.1	Überblick über die gesetzliche Regelung	71
3.2.2.2	Praktische Bedeutung	72
3.3	USA	74
3.3.1	Allgemeines zum amerikanischen Konkurs- und Sanierungsrecht	74

3.3.1.1	Konkurs- und Sanierungsrecht und Einzelzwangsvollstreckung	, 74
3.3.1.2	Verfahrensarten des amerikanischen Konkursrechts	, 74
3.3.1.3	Gewährung eines „fresh start“ als Grundanliegen des amerikanischen Konkursrechts	• 75
3.3.2	Charakteristik und Inhalt des Schuldenbereinigungsplans nach Chapter 13	76
3.3.2.1	Bewilligung des Schuldenbereinigungsplans ohne Mitbestimmung der Gläubiger	76
3.3.2.2	Verpflichtung zur Zahlung des pfändbaren Einkommens (disposable income) während drei Jahren	76
3.3.2.3	Rangordnung der Gläubiger und Möglichkeit der Ungleichbehandlung von Gläubigergruppen	77
3.3.2.4	Vermögenswerte des Schuldner	77
3.3.2.5	Instrumente zum Erhalt von verpfändeten Vermögenswerten	-77
3.3.2.6	Möglichkeit des Eingriffs in bestehende Verträge	78
3.3.3	Voraussetzungen für die Bewilligung des Schuldenbereinigungsplans	78
3.3.4	Abänderung und Umwandlung des Plans	79
3.3.5	Inhalt und Umfang der Restschuldbefreiung	79
3.3.6	Verfahrensfragen	80
3.3.6.1	Rolle des Anwalts des Schuldners und Kostenfrage	80
3.3.6.2	Einleitung des Verfahrens und Nachlassstundung („automatic stay“)	81
3.3.6.3	Verfahrensablauf und Feststellung und Abklärung der Gläubigerrechte	81,
3.3.6.4	Stellung des Chapter 13 Trustee	82
3.3.6.5	Stellung des Schuldners während der Dauer des Abzahlungsplans	82
3.3.7	Wahl des Schuldners zwischen Chapter 13 und 7	83
3.3.7.1	Vorgaben des Gesetzes durch den Anwendungsbereich von Chapter 13 und 7	• 83
3.3.7.2	Tatbestände, die für das Verfahren nach Chapter 13 bzw. 7 sprechen	84

3.3.7.3	Bevorstehende Revisionen	85
3.3.8	Daten zu den Verfahren nach Chapter 13 und 7	87
3.3.8.1	Allgemeines	87
3.3.8.2	Entwicklung der Anzahl der Konkurse von Nichthandelsleuten (Privatpersonen) aufgeteilt nach Verfahrensart (Chapter 7, 11 und 13) von 1990 bis 1998	88
3.3.8.3	Unterschiede in der Anwendung der verschiedenen Verfahrensarten in den einzelnen Gliedstaaten	89
3.3.8.4	Bestehen Anzeichen für einen Missbrauch der Restschuldbefreiung?	89
3.3.8.5	Anzahl der Fälle, in denen der Schuldner einen Chapter 13 Plan nicht erfüllte, Höhe der Abschlagszahlungen an die Gläubiger	90
3.3.8.6	Rückschlüsse von den amerikanischen Daten auf das schweizerische Recht	90
3.4	Finnisches Recht	94
3.4.1	Überblick über das Verfahren zur Erlangung einer Restschuldbefreiung	94
3.4.1.1	Allgemeines	94
3.4.1.2	Voraussetzungen zur Zulassung zum Verfahren betreffend Erlangung einer Restschuldbefreiung	95
3.4.1.3	Inhalt des Schuldenbereinigungsplans	95
3.4.1.4	Verfahrensfragen	96
3.4.2	Praktische Bedeutung des Schuldenbereinigungsverfahrens	96
3.4.3	Hinweis für das schweizerische Recht	97
3.5	Europäische Bestrebungen	98
3.5.1	Einleitung	98
3.5.2	Vorschlag für ein Schuldenbereinigungsverfahren als Grundlage für eine EU-Richtlinie	98
3.5.2.1	Schuldenbereinigungsverfahren mit Restschuldbefreiung	98
3.5.2.2	Schuldenberatungsstellen	101

4	Fragen im Umfeld der Einzelzwangsvollstreckung	103
4.1	Gang der Ausführungen	103
4.2	Aspekte der Verschuldungsprävention	104
4.2.1	Allgerheines	104
4.2.2	Erziehung und Ausbildung betreffend den Umgang mit Schulden	104
4.2.3	Verhinderung von verdeckten Kreditierungen	106
4.2.3.1	Steuern	106
4.2.3.2	Förderung der Verschuldung durch das „tiers garant“-System bei den Krankenkassenleistungen	107
4.3	Schuldenberatungsstellen • •	109
4.3.1	Allgemeines	109
4.3.1.1	Situation im Kanton Bern	109
4.3.1.2	• Kanton Zürich	110
4.3.1.3	Überblick über die Situation in der Schweiz	112
4.3.1.4	Internationale Vereinigung von Schuldenberatungsstellen	112
4.3.1.5	Kommerzielle Schuldensanierer	112
4.3.2	Vorgehensweise und Erfahrungen	113
4.3.2.1	Zeitdauer des Abzahlungsplans	113
4.3.2.2	Voraussetzung und Bedeutung der Vorfinanzierung der Nacherbschaft	113
4.3.2.3	Lohnverwaltung	114
4.3.2.4	Bedeutung der psychologischen und erzieherischen Aspekte	114
4.3.2.5	Vorgehen zur Feststellung der Gläubiger	115
4.3.2.6	Besonderes Problem der Krankenkassenbeiträge	115
4.3.2.7	Erfolg der aussergerichtlichen Nachlassverträge	115
4.3.2.8	Bedeutung der einverständlichen Schuldenbereinigung, nach Art. 333 ff. SchKG aus der Sicht der Schuldenberatungsstellen	115
4.3.2.9	Bedeutung des Privatkonkurses aus der Sicht der Schuldenberatungsstellen	116

4.3.3	Beurteilung der bestehenden Situation der Schuldenberatungsstellen	116
4.4	Bedeutung des betriebsrechtlichen Existenzminimums ausserhalb der Lohnpfändung	118
4.4.1	Das betriebsrechtliche Existenzminimum als Faktor zur Feststellung von neuem Vermögen nach Art. 265 SchKG	118
4.4.2	Bedeutung des betriebsrechtlichen Existenzminimums zur Berechnung von Unterhaltsbeiträgen	118
4.4.2.1	Allgemeines	118
4.4.2.2	Zum Problem des Eingriffs in das Existenzminimum	119
4.4.3	Bedeutung des betriebsrechtlichen Existenzminimums bei der Bewilligung der unentgeltlichen Prozessführung	119
4.4.4	Bedeutung des betriebsrechtlichen Existenzminimums für die Frage der Verrechenbarkeit von Lohnforderungen nach Art. 323b Abs. 2 OR	120
4.4.5	Entwurf zum Konsumkreditgesetz	121
4.5	Betriebsstatistik und Betriebsbuch	122
4.5.1	Die Betriebsstatistik	122
4.5.1.1	Gesammelte Daten und Zweck der Erhebung	122
4.5.1.2	Fehlende Aussagekraft der Daten für Gesetzgebung und Wissenschaft	123
4.5.1.3	Unterschiedliche Interpretation des Fragekatalogs in den einzelnen Ämtern und Kantonen	124
4.5.1-4	Vorschlag für eine Neugestaltung der Statistik	124
4.5.2	Das Betriebsbuch	125
4.5.2.1	Rechtsgrundlagen und Inhalt des Betriebsbuches	125
4.5.2.2	Unterschiedliche Führung des Betriebsbuches in den einzelnen Kantonen und/oder Ämtern	127

- 4.5.2.3 Fehlende Koordination der Regeln über die Erstellung des Betreuungsbuches mit den Bestimmungen über die Betreuungsauskunft ' 128
- 4.5.2.4 Erfordernis einer Überprüfung der Bestimmungen betreffend das Betreuungsbuch 128

## **Teil II Ökonomischer Teil 131**

- 1 Einleitung 131
- 2 Die Berechnung von Armutsgrenzen und Existenzminima | • 133
  - 2.1 Die Festlegung von Armutsgrenzen 133
    - 2.1.1 Absolutes Existenzminimum 133
    - 2.1.2 Relative Armut 134
      - 2.1.2.1 Soziales Existenzminimum , 135
      - 2.1.2.2 Warenkorbstandards 136
      - 2.1.2.3 Besitz von Bedarfsgegenständen 137
      - 2.1.2.4 Verhältniszahlen 138
      - 2.1.2.5 Politische Armutsgrenzen 138
    - 2.1.3 Subjektive Armut 139
    - 2.1.4 Der Verhaltensansatz 140
    - 2.1.5 Die Berücksichtigung des Vermögens bei der Bestimmung von Armut 140
  - 2.2 Die Berücksichtigung der Haushaltsgrösse 143
    - 2.2.1 Die Äquivalenzskala 143
    - 2.2.2 Die Studie von Gerfin et al. 144
    - 2.2.3 Verschiedene Äquivalenzskalen im Vergleich 145
  - 2.3 Internationaler Vergleich von Existenzminima 145
- 3 Betreuung und Pfändung in der Schweiz - Eine Momentaufnahme 152
  - 3.1 Deskriptive Statistik der Datenerhebung 153

3.1.1	Soziodemographische Zusammensetzung der Stichprobe	>	153
3.1.2	Überblick über erledigte und laufende Betreibungen		155
3.1.3	Gewährte Existenzminima		161
3.1.4	Persönliche Situation der Interviewten		162
3.1.5	Die Einkommen der interviewten Personen		167
3.1.6	Gründe für die Verschuldung		168
3.1.7	Persönliche Aussagen der interviewten Personen		170
3.1.8	Vergleichbarkeit der Aktenanalyse mit den Interviews		172
3.2	Identifikation verschiedener Schuldnerarten in der Aktenanalyse	•	173
3.2.1	Alle Personen mit Pfändungen		174
3.2.2	Einteilung der Individuen der Aktenanalyse in vier Gruppen		174
3.2.2.1	Personen mit nur einem Eintrag in den Betreibungsakten seit 1994 (Gruppe 1)		174
3.2.2.2	Personen mit mehreren Betreibungen (Gruppe 2)		174
3.2.2.3	Personen mit Pfändungen, aber ohne Verlustscheine (Gruppe 3)		175
3.2.2.4	Personen nur mit Verlustscheinen (Gruppe 4)		175
3.3	Die Gläubiger		176
3.3.1	Die „freiwilligen“ Gläubiger		177
3.3.2	Die „unfreiwilligen“ Gläubiger		179
3.4	Daten zum Privatkonkurs nach Art. 191 SchKG von natürlichen Personen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind		180
3.4.1	Allgemeines		180
3.4.2	Soziodemographische Lage der Schuldner		181
3.4.3	Umfang der Konkursmasse und der einbezogenen Konkursforderungen sowie Höhe der Verluste		184

3.4.4	Anzahl und Art der in den Konkurs einbezogenen Forderungen pro Schuldner	-	186
3.5	Vergleiche zwischen den Betreibungsämtern		189
4	Gründe für Überschuldung und Betreibung		193
4.1	Unterscheidung zwischen Verschuldung, Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung und Betreibung		193
4.2	Mikroökonomische Analyse der Gründe für Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung		194
4.3	Empirische;Evidenz		197
4.3.1	Die Studie von Lea et al.		197
4.3.2	Eigene Schätzungen mit aggregierten Daten der kantonalen Ebene		200
4.3.2.1	Die Variablen der Schätzungen		201
4.3.2.2	Die verwendeten Schätzmodelle		204
4.3.2.3	Die Ergebnisse der Schätzungen		207
5	Das Verhalten des Individuums in der Lohnpfändung		216
5.1	Die Reaktion eines Individuums in einem Einperioden-Modell		216
5.2	Ein einfaches Zweiperioden-Modell		218
5.3	Dynamische Optimierung im Mehrperioden-Modell		221
5.3.1	Das Modell		221
5.3.2	Die Ergebnisse der Computersimulationen		225
5.3.2.1	Wirkung einer Änderung der Startschuld		226
5.3.2.2	Änderung des Existenzminimums		229
5.4	Empirische Evidenz		231
5.5	Schlussfolgerungen		237
5.6	Anhang		237

6	Klassische Bestimmung des Existenzminimums über Verbrauchsdaten	240
6.1	Die Studie von Furrer und Hertig	240
6.2	Analyse der Verbrauchserhebung 1990	242
6.2.1	Die verwendeten Variablen der Verbrauchserhebung 1990	243
6.2.2	Die Gesamtstichprobe	244
6.2.3	Die Einpersonenhaushalte	244
6.2.3.1	Die gesamte Gruppe	245
6.2.3.2	I Einpersonenhaushalte mit einem Einkommen < Fr. 3'000 als Referenzgruppe	246
6.2.4	Bestimmung der autonomen Ausgaben der Einpersonenhaushalte mittels einer Regressionsanalyse	248
6.2.5	Vergleich der berechneten Existenzminima für Einpersonenhaushalte	250
6.2.6	Die Berechnung der Äquivalenzskala	251
6.3	Empfehlungen für einen neuen „Mindestwarenkorb“	256
6.3.1	Die Einpersonenhaushalte	256
6.3.2	Die Mehrpersonenhaushalte	257
7	Diskussion einiger Reformvorschläge aus wirtschaftstheoretischer Sicht	259
7.1	Vereinheitlichung von Sozialhilfe und betriebsrechtlichem Existenzminimum	260
7.1.1	Angleichung des Grundbedarfs	260
7.1.2	Überprüfung der Zuschläge	261
7.2	Sind alle Gläubiger gleich? - Einberechnung der Steuern in das betriebsrechtliche Existenzminimum	262
7.3	Vorzeitige Entschuldung	263
7.3.1	Die theoretische Überprüfung	264
7.3.2	Empirische Überprüfung	266

7.4	Die Einführung eines flexiblen Existenzminimums	267
7.5	Mögliche Wirkungen der Reformvorschläge auf den Kreditmarkt	270
7.6	Schlussfolgerungen	272
<b>Teil III Reformvorschläge und ihre Umsetzung</b>		<b>275</b>
1	Angleichung der Existenzminima	276
1.1	Begründung für die Angleichung	276
1.1.1	Begründung der ökonomischen Analyse	276
1.1.2	Rechtliche Argumente	276
1.1.2.1	Angleichung als Gebot der Gleichbehandlung; keine unterschiedliche Zielsetzung der beiden Existenzminima	276
1.1.2.2	Rechtsvergleichendes Argument	277
1.1.2.3	Argumente für die Beibehaltung von unterschiedlichen Existenzminima	277
1.2	Umsetzung der Angleichung	278
1.2.1	Übernahme des Grundbedarfs I der SKOS-Richtlinien für die Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums	278
1.2.2	Zuschläge zum Grundbedarf bzw. Grundbetrag	279
1.2.3	Zur Frage der Berechtigung von regionalen Unterschieden	279
1.2.4	Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Anpassung der Existenzminima in Zukunft	280
2	Einrechnung der laufenden Steuern in das Existenzminimum	281
2.1	Begründung	281
2.1.1	Verhinderung einer zusätzlichen Verschuldung	281
2.1.2	Keine Möglichkeit eines Steuererlasses	282
2.1.3	Verfehlt Argumente des Bundesgerichts für die Lösung des geltenden Rechts	282

2.1.4	Einrechnung der Steuern in das Existenzminimum als unerfülltes Postulat in der SchKG-ReviSion	283
2.2	Praktische Umsetzung	285
3	Restschuldbefreiung	287
3.1	Mögliche Ausgestaltung eines Verfahrens zur Erlangung einer Restschuldbefreiung	" 287
3.1.1	Anwendungsbereich	287
3.1.1.1	Anwendung lediglich für Personen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind	287
3.1.1.2	Ausschluss von Personen, deren Schulden einen bestimmten Betrag überschreiten?	288
3.1.1.3	Verzicht auf das Erfordernis von mindestens zwei offenen Forderungen	288
3.1.2	Inhalt des Schuldenbereinigungsplanes	288
3.1.2.1	Verpflichtung zur Leistung von im voraus festgelegten Zahlungen während vier Jahren	288
3.1.2.2	Verzicht auf das Erfordernis einer für alle Schuldner geltenden Mindestzahlung an die Gläubiger	289
3.1.2.3	Keine Bewilligung eines „Null-Vergleichs“	290
3.1.2.4	Massnahmen zum Erhalt von verpfändeten Vermögenswerten und Anwendung von Art. 211 SchKG?	290
3.1.3	Voraussetzung für Einleitung des Schuldenbereinigungsverfahrens und Bewilligung des Abzahlungsplans	291
3.1.3.1	Allgemeines	291
3.1.3.2	Keine umfassende Liquidation des Schuldnervermögens als Voraussetzung für eine Restschuldbefreiung	291
3.1.3.3	Verzicht auf das Erfordernis, dass der Schuldner erfolglos versucht hat, einen aussergerichtlichen oder gerichtlichen Nachlassvertrag abzuschliessen	292
3.1.3.4	Verzicht auf die Zustimmung der Gläubiger	293
3.1.4	Abänderung des Plans; Verhaltenspflichten des Schuldners für die Dauer des Plans?	293

3.1.5	Voraussetzungen und Umfang der Restschuldbefreiung; Verhinderung von Missbrauch	294
3.1.6	Verfahrensrechtliche Fragen	294
3.1.6.1	Zuständigkeit	294
3.1.6.2	Einleitung des Verfahrens, Nachlassstundung und Versuch einer ein verständlichen Lösung	295
3.1.6.3	Feststellung der Aktiven-und Passiven des Schuldners	295
3.1.6.4	Kosten	296 "
3.1.6.5	Vereinfachung des Verfahrens, falls vor Einleitung des Verfahrens bereits ein außergerichtlicher Nachlassvertrag versucht worden ist	296
3.1.7	Rechtliche Umsetzung des Vorschlags; Verzicht auf die Möglichkeit eines Privatkonkurses nach Art. 191 SchKG	296
3.2	Begründung	297
3.2.1	Rechtstatsachen	297
3.2.2	Rechtsvergleichung	298
3.2.3	Interessen des Schuldners, seiner Familie und Umgebung	298
3.2.4	Interessen der Gläubiger	298
3.2.5	Ungenügen einer einverständlichen Schuldenbereinigung	298 ^
3.2.6	Entbehrlichkeit der „Gratisschuldbefreiung“ im Privatkonkurs nach Art. 191 SchKG	299
3.2.7	Gründe, die gegen die Einführung einer Restschuldbefreiung sprechen	299
4	Flexibles Existenzminimum je nach Höhe des Einkommens	300
5	Neufassung der Richtlinien für die Berechnung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums	301
5.1	Neufassung der Richtlinien	301
5.2	Bemerkungen zu den Änderungen	305

6	Zusammenfassung-der Resultate	306
6.1	Hauptvorschläge und die damit zusammenhängenden Resultate	306
6.1.1	Angleichung des betriebsrechtlichen Existenzminimums an das fürsorgerechtliche Existenzminimum	306
6.1.2	Einrechnung der laufenden Steuern in das Existenzminimum	307
6.1.3	Einführung einer Restschuldbefreiung	307
6.2	Resultate zu anderen Fragen	310
6.2.1	Rechtliche Grundlagen (Teil I)	310
6.2.2	Ökonomischer Teil (Teil II)	313
Anhang		317
	<b>Tabellen zu Teil II Abschnitt 3</b>	<b>317</b>
	<b>Tabellen zu Teil II Abschnitt 6</b>	<b>337</b>
	<b>Fragebogen für die Interviews</b>	<b>342</b>
	<b>Fragebogen für die Aktenanalyse</b>	<b>353</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>359</b>
	<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>365</b>
	<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>370</b>